

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:15974-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Erfstadt: Dienstleistungen in der Tragwerksplanung
2018/S 009-015974**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Stadt Erfstadt - Immobilienwirtschaft

Holzdammm 10

Erfstadt

50374

Deutschland

Kontaktstelle(n): Immobilienwirtschaft

Telefon: +49 2235409413

E-Mail: petra.wagner@erftstadt.de

Fax: +49 2225409516

NUTS-Code: DEA27

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.erftstadt.de>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.planungskultur.de/Ausschreibungen/index.html>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur + Stadtplanung

Bülowstr. 66

Berlin

10783

Deutschland

Kontaktstelle(n): Heyo Schönwälder

Telefon: +49 3021751920

E-Mail: heyo.schoenwaelder@planungskultur.de

Fax: +49 3021751859

NUTS-Code: DE300

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.planungskultur.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur + Stadtplanung

Bülowstr. 66

Berlin

10783
Deutschland
Kontaktstelle(n): Heyo Schönwälder
Telefon: +49 3021751920
E-Mail: heyo.schoenwaelder@planungskultur.dede
Fax: +49 3021751859
NUTS-Code: DE300
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.planungskultur.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Entwicklung und Sanierung Schulzentrum Lechenich, Stadt Ertstadt - Leistungen der Tragwerksplanung

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71327000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Ertstadt beabsichtigt die Entwicklung und energetische Sanierung des Schulzentrums (SZ) Lechenich. Im Rahmen dieser Maßnahme soll die funktionale Zusammenlegung der Schulverwaltungen, ein Neubau der Mensa sowie die Neustrukturierung und Sanierung der Erschließungselemente erfolgen. In dem 2017 durchgeführten Architektenwettbewerb wurde das Büro Heinle, Wischer und Partner, Köln, mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Der Entwurf sieht u.a. den Neubau einer 2-geschossigen Halle als Haupteinschließung sowie die Neustrukturierung beider Schulen und Anbindung an die neue Achse vor. Das SZ Lechenich besteht aus einem überwiegend zwischen 1960 und 1990 errichteten Gebäudeensemble mit 4-geschossigen Klassentrakten und 1- bis 2-geschossigen Bauten, u.a. Mensa, naturwissenschaftlicher Trakt, Pausenhalle/Verwaltung, Sporthalle, Aula/Schwimmbad. Im Zuge der Entwicklung und Sanierung ist eine Erneuerung/ energetische Optimierung der haustechnischen Anlagen und ein barrierefreier Ausbau geplant.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA27

Hauptort der Ausführung:

Ertstadt.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die zu vergebenden Planungsleistungen betreffen im Einzelnen:

(1) Abrissplanung / -statik

(2) Neubau bzw. Umbau einer 2-geschossigen Halle (teilweise Unterkellerung) als Haupteinschließung sowie eines 3-geschossigen Querriegels (ohne Unterkellerung) mit Mensabereich im Erdgeschoss und Klassenräumen in den Obergeschossen und Anbindung der Neubauten an den angrenzenden 3- bis 4-geschossigen Bestand;

(3) Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude. Bei den Gebäuden handelt es sich um 30-40 Jahre alte 3- bis 4-geschossige Stahlbetonbauten, die in Massivbauweise (Stahlbeton/Mauerwerk) errichtet wurden. Über die Jahre entstandene Baumängel an den Gebäudetrakten machen eine umfassende bauliche Sanierung erforderlich. Zugleich ist eine energetische Optimierung, eine Erneuerung der haustechnischen Anlagen und ein barrierefreier Ausbau (Einbau Aufzug) geplant. Zudem soll der Gebäudebestand durch Umbau- sowie Erweiterungsmaßnahmen neu strukturiert werden.

(4) Umbau (Raumänderungen);

(5) Verbesserung Raumakustik ausgewählter Bereiche;

(6) Brandschutzertüchtigung;

(7) Schadstoffsanierung;

(8) Interimplanung;

Die Baumaßnahmen sollen abschnittsweise und bei laufendem Betrieb realisiert werden. Während aller Projektphasen soll eine weitgehend uneingeschränkte Betriebsfähigkeit gewährleistet sein.

Im Ergebnis sollen architektonisch ansprechende Gebäude sowie technisch optimale Anlagen zur Verfügung stehen, welche über lange Jahre einen wirtschaftlichen und ressourcenschonenden Betrieb ermöglichen. Die Planungen und energetischen Nachweise sollen nach gültiger EnEV und dem EEWärmeG erfolgen.

Die beabsichtigten Maßnahmen zeichnen sich zusammenfassend wie folgt aus:

1. Art der Baumaßnahme: Bauen im Bestand (Sanierung / partieller Umbau) sowie Neubau/Erweiterungsbau;

2. Größenordnungen (BGF): Bestandsgebäude: rd. 17.000 qm / Neubau: rd. 4.200 qm;

3. geschätzte Bauwerkskosten netto (Summe KG 300- 400 nach DIN 276): rd. 13,5 Mio. € netto. Die geschätzten Kosten der Kostengruppe 400 betragen davon rd. 4,0 Mio. € netto.

Ausgeschrieben sind Leistungen der Tragwerksplanung nach §51 HOAI in Verbindung mit Anlage 14, Grundleistungen der Leistungsphasen 1-6 sowie optional ausgewählte Besondere Leistungen (siehe auch Ziffer II.2.11. „Optionen“).

Eine losweise Vergabe ist nicht beabsichtigt. Die Vergabe erfolgt stufenweise (siehe Ziffer II.2.11) ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen.

Folgende Unterlagen/Ausarbeitungen liegen vor und sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, die im Internet abgerufen werden können (siehe Ziffer I.3): Wettbewerbsauslobung „Entwicklung und Sanierung des Schulzentrums Erftstadt-Lechenich“, Ergebnisprotokoll und Präsentationspläne des 1. Preisträgers, Vertragsentwurf sowie (erst im Falle der Einladung zur Verhandlung/Angebotsaufforderung von allen Beteiligten vorzulegen) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienst- und Bauleistungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - NRW) / Verpflichtungserklärung nach § 8 TVgG – NRW zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Voraussichtlicher Zeitrahmen: 1. Beauftragung: 05/2018; 2. Beendigung LP 6: 01/2021; 3. Projektabschluss: im Nachgang.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: 1. Personaleinsatzkonzept: 1. Projektleitung, 2. Stv. Projektleitung, 3. weitere Mitglieder des Projektteams (im Einzelnen siehe Vergabeunterlagen) / Gewichtung: 70

Qualitätskriterium - Name: 2. strukturelle Herangehensweise 1. Projektorganisation, Zusammenarbeit etc.; 2. Projekteinschätzung und abgestimmte Bearbeitungsmethodik; 3. Kosten und Termine (im Einzelnen siehe Vergabeunterlagen) / Gewichtung: 50

Qualitätskriterium - Name: 3. fachtechnische Lösungsansätze 1. wirtschaftliches Gesamttragwerk; 2. Ansätze Bestandseingriffe; 3. Maßnahmen konstruktiver Brandschutz; 4. Qualitätssicherung (im Einzelnen siehe Vergabeunterlagen) / Gewichtung: 70

Qualitätskriterium - Name: 4. Aus dem Bietergespräch gewonnene Eindrücke / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 32

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

(1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3.

(2) Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt 840 Punkte (Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: 165 Punkte; Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 675 Punkte). Detaillierte Angaben zur Bewertung können dem Anhang zum Teilnahmeantrag entnommen werden.

(3) Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Falls die aufzufordernden Bewerber wegen Punktgleichstand nicht zweifelsfrei bestimmt werden können, wird die Rangfolge in diesem Bereich im Losverfahren bestimmt.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

(1) Die Vergabe erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages werden die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 gem. HOAI §51 beauftragt (Stufe 1), soweit diese nach Ziffer II.2.4/ spezifiziertem Leistungsbild Gegenstand der zu vergebenden Leistungen sind.

Die weiteren Stufen werden bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Maßnahme einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. Nichtbeauftragung der weiteren Stufen ergibt sich kein Anspruch für den Auftragnehmer auf eine höhere bzw. zusätzliche Vergütung. Ergänzende (Planungs-/Beratungs-) Leistungen werden sinngemäß analog beauftragt.

Voraussetzung für die Beauftragung der Stufe 2 ist ein Beschluss zur weiter Bearbeitung der Stadt Erfstadt.

Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung sind die Einhaltung der vorgegebenen Kosten und Termine.

(2) Optional Vergabe ausgewählter Besonderer Leistungen, sofern und soweit diese erforderlich werden, insbesondere: Nachweise zum konstruktiven Brandschutz (LP 4); Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung der Tragwerkseingriffe bei Umbauten und Modernisierungen, Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen (LP 8).

(3) Im Falle der Einladung zur Verhandlung werden folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: Formblatt Honorarangebot.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die unter Ziffer II.2.7 angegebene Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Gewährleistungszeit und ist als Zirka-Angabe zu verstehen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen – bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern – sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Eigenerklärungen/Auflagen:

a) Soweit zutreffend: Vorlage eines Auszugs aus dem Berufsregister, gegebenenfalls Handelsregister oder einem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (gegebenenfalls in Kopie) sowie Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt.

b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 2) des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gemäß Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) §123 und §124 vorliegen;

c) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Pkt. 2) des Bewerbers, dass er im Auftragsfall die Versicherung gemäß Ziff. III.1.2 für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt.

d) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 3) des Bewerbers zu wirtschaftlichen Verknüpfungen.

e) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (Teilnahmeantrag Punkt 6) gemäß Ziffer III.2.1.

f) Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Begründung seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer), sind die betreffenden Nachunternehmer zu benennen (Teilnahmeantrag Punkt 1), Verpflichtungserklärungen der betreffenden Nachunternehmer nach §47 (1) VgV vorzulegen und die Erklärungen zu wirtschaftlichen Verknüpfungen (Unabhängigkeit/Zusammenarbeit) und gemäß §§123 und 124 GWB (über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe) für die betreffenden Nachunternehmer vorzulegen (Formblatt). Anderenfalls sind die unter dieser Ziffer geforderten Erklärungen und Nachweise für Nachunternehmer erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

(2) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen.

Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (vgl. Ziff. VI.3 der Bekanntmachung) abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen – bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Mitgliedern – sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Umsatz:

a) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 4.1) zum Netto-Jahresgesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren insgesamt.

b) Eigenerklärung (Teilnahmeantrag Punkt 4.1) zum Netto-Jahresumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren für Leistungen der Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2013 §51.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat (Ziff. III.1.1, Unterpunkt (1), (f), sind zu beachten).

(2) Geforderte Kauttionen/Sicherheiten:

Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3,0 Millionen EURO je Schadensfall für Personenschäden sowie 3,0 Millionen EURO für sonstige Schäden je Auftraggeber nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (Teilnahmeantrag Punkt 2). Die Versicherungssumme muss jährlich mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Netto-Jahresumsatz im Durchschnitt der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2017 [ggf. als Prognose], 2016, 2015) für Leistungen der Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2013 §51: Mindestanforderung größer/gleich 180 000,00 € netto pro Jahr im Durchschnitt gesamt.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen – bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Mitgliedern – sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/-abgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 (2) - wird der Bewerber ausgeschlossen:

(1) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 4.2) der in den letzten drei Jahren (2017, 2016, 2015)

jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten Ingenieure (Dr.-Ing., Dipl.-Ing. beziehungsweise Bachelor/ Master oder gleichwertiger Abschluss) mit größer/gleich 30 Wochenarbeitsstunden aufgeschlüsselt in:

— Ingenieure im Leistungen der Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2013 §51,

— Ingenieure im Leistungen der Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2013 §51 mit ≥ 5 Jahre Berufserfahrung.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers dürfen nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers angegeben werden, die in dem für die Nachunternehmervergabe vorgesehenen Leistungsanteil tätig waren.

(2) Darstellung (Teilnahmeantrag Punkt 1), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche gegebenenfalls durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung.

(3) Aus einer Referenzliste für das in Ziff. II.2.4 aufgeführte Leistungsbild sind mindestens 2 und maximal 4 mit der Bauaufgabe vergleichbare Referenzprojekte vorzustellen (Teilnahmeantrag Punkt 5.1 bis 5.4), die anhand der Auswertungsmatrix bewertet werden. Für die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte müssen jeweils folgende Unterangaben vollständig getätigt werden:

- Bezeichnung der Baumaßnahme und Angabe von Ort/Land/Auftraggeber,
- Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103,
- Bei Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmern: Name des Auftragnehmers,
- Datum der Fertigstellung der rohbaurelevanten Arbeiten,
- Bauwerkskosten (Summe Kostengruppen KG 300-400 nach DIN 276) netto,
- Bruttogrundfläche BGF,
- Bearbeitete Leistungsphasen im Sinne HOAI §51,
- Honorarzone i.S. HOAI §52 in Verbindung mit Anlage 14.2,
- Art der Baumaßnahme (Bauen im Bestand [Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme i.S. HOAI 2013 §2] / Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme / Andere [Instandsetzungs- und/oder Instandhaltungsmaßnahme, Wiederaufbau u.ä.]).

Für die Bewertung der fachlichen Eignung sind außerdem Angaben zu ausgewählten Leistungen/ Projektmerkmalen zu tätigen (sofern zutreffend): Gebäudetypologie (Schule/Andere), mehrgeschossiges Objekt in Massivbauweise, konstruktive Ausführung in Stahlbeton- bzw. in Stahlbetonverbundbauweise, Prüfung und Bewertung der vorhandenen Bausubstanz, statisch relevante Teilabbruchmaßnahmen innerhalb des Bestandes, weitgespannte Deckenkonstruktionen: stützenfreie Räume ≥ 300 qm, Maßnahmen zu Gewährleistung der Anforderungen an den statisch-konstruktiven Brandschutz, Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen, Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung der Tragwerkseingriffe bei Umbauten und Modernisierungen.

Es geht je Leistung/Projektmerkmal max. ein Projekt in die Wertung ein.

Referenzschreiben des Bauherrn/Betreibers, die den erfolgreichen Abschluss hinsichtlich der Kosten und/oder Termine, Qualitäten und Zusammenarbeit belegen, können der Bewerbung als Anlage beigefügt werden und gehen dann positiv in die Bewertung ein. Der Auftraggeber behält sich vor, Erkundigungen beim Betreiber bzw. Bauherrn einzuholen. Nicht in deutscher Sprache verfasste Referenzschreiben sind in deutscher Übersetzung vorzulegen.

Der Bewerber muss die einzelnen Referenzprojekte auf jeweils max. zwei DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend darstellen. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet.

Die Referenzprojekte müssen nicht von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorgewiesen werden, vielmehr sind die Angaben zu den Referenzprojekten von der Bewerbergemeinschaft (inkl. Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen:

1. Anzahl der festangestellten Ingenieure (einschließlich Führungskräfte) mit größer/gleich 30 Wochenarbeitsstunden im Leistungsbild Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2013 §51 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung: größer / gleich 3 pro Jahr im Durchschnitt, davon mind. 2 mit Berufserfahrung ≥ 5 Jahre.
2. Referenzen: Mindestanforderung, damit die Eignung zuerkannt werden kann: Gewertet werden nur Referenzprojekte, die folgende Bedingungen erfüllen: Summe Kosten Kostengruppen 300-400 nach DIN 276

größer/gleich 4,5 Mio. Euro netto, Fertigstellung der rohbaurelevanten Arbeiten im Zeitraum in den letzten 5 Jahren (im Zeitraum 01/2013 bis 12/2017).

Für die mindestens 2 und maximal 4 Referenzprojekte, die vorgenannte Bedingungen erfüllen, gelten die folgenden weiteren Mindestanforderungen:

- a.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung „Öffentlicher Auftrag im Sinne GWB §103“;
- b.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Umbau- und/oder Modernisierungsmaßnahme im Sinne HOAI 2013 §2;
- c.) mindestens ein Referenzprojekt mit der Zuordnung Neubau- und/oder Erweiterungsbaumaßnahme im Sinne HOAI 2013 §2;
- d.) mindestens ein Referenzprojekt mit Bauwerkskosten (Summe Kosten KG 300-400 nach DIN 276) größer/gleich 9,0 Mio. Euro netto;
- e.) durch die Summe der Referenzprojekte müssen die Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 im Sinne HOAI 2013 §51 mindestens einmal abgedeckt sein.

Alle Mindestanforderungen müssen in zwei oder mehreren Referenzprojekten (maximal 4) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

VgV §75 (1-3) in Verbindung mit VgV §44: Teilnahmeberechtigt sind Ingenieure.

(1) Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

(2) Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.

(3) Bei Bergwerksgemeinschaften muss mindestens ein Mitglied je Leistungsbereich die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

Eine Eigenerklärung gemäß vorstehender Festlegungen erfolgt im Bewerbungsformular (s. Pkt. 6).

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

(1) Örtliche Präsenz in der Planungs- und Bauzeit in engen Intervallen gemäß Erfordernis; der Bauherr legt besonderen Wert auf eine - entsprechend gängiger Rechtsprechung - intensive, den komplexen Anforderungen genügende Wahrnehmung der Bauüberwachungspflichten. Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist möglichst sicherzustellen.

(2) Erfüllung CAD-Richtlinien Stadt Erftstadt.

(3) Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI (2013): Festlegung AG §52: Honorarzone III Mindestsatz.

(3) Vertrag inklusive Anlagen.

(4) Berufshaftpflichtversicherung gemäß Ziffer III.1.2.

(5) Gesetze und Verordnungen des Landes NRW sowie ergänzende Vorschriften und Regeln (u.a. BauO NRW).

(6) Im Falle der Einladung zur Verhandlung von allen Beteiligten vorzulegende Erklärungen: s. Ziff. II.2.4.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

- IV.1.1) **Verfahrensart**
Verhandlungsverfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 12/02/2018
Ortszeit: 14:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
(1) Es wird empfohlen, die vom Auftraggeber (AG) vorgegebenen Formblätter zu verwenden (s. Ziff. III.1.1). Sofern der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) einreichen möchte, muss dieser sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält.
(2) Die insbesondere in Ziff. III.1.1 bis III.1.3 geforderten Erklärungen/Angaben werden im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Teilnahmeantrag und, sofern zutreffend, Bewerbergemeinschaftserklärung sowie Erklärung des Nachunternehmers) präzisiert/abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben. Bei den Formblättern handelt es sich um interaktive PDF-Dateien zum maschinellen Ausfüllen, die im Internet (s. Ziff. I.3) heruntergeladen werden können. Sie sind - in deutscher Sprache gut lesbar - vollständig auszufüllen, an den entsprechenden Stellen zu unterschreiben und bis zu der in Ziff. IV.2.2 genannten Frist einzureichen, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Teilnahmeantrag zugelassen. Der bevollmächtigte Vertreter füllt den Teilnahmeantrag aus und unterschreibt den Teilnahmeantrag.
Zur Abgabe der Bewerbung entsprechend Ziff. IV.2.2 ist ein Papierexemplar der Formblätter einschließlich der zusätzlich geforderten Nachweise in einem verschlossenen Umschlag, der außen mit dem Vermerk „Entwicklung und Sanierung SZ Lechenich, VgV TWP - Teilnahmeantrag - Bitte nicht öffnen“ gekennzeichnet

ist, bis zu der in Ziff. IV.2.2 genannten Frist einzureichen. Das Fehlen der Unterschrift auf dem Teilnahmeantrag führt unmittelbar zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Die Nichtvorlage bzw. Vorlage nicht vollständiger Unterlagen/Erklärungen/Nachweise – auch auf Nachforderung gemäß VgV §56 [2] - hat den zwingenden Ausschluss des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft vom weiteren Verfahren zur Folge.

Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim AG. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

(3) Unter der in Ziff. I.3 genannten Internetadresse können alle Vergabeunterlagen (Formblätter [siehe oben], inkl. Bewertungsmatrix Stufe 1, Zuschlagskriterien, sowie die in Ziff. II.2.4 aufgeführten Unterlagen) sowie Änderungen/Ergänzungen zur Bekanntmachung und ähnliches wie auch die weiteren Auskünfte abgerufen werden. Bewerber sind verpflichtet, sich eigenständig die Informationen dort zu verschaffen.

(4) Weitere Auskünfte sind nur auf schriftlich Anfrage - unter der Projektbezeichnung „Entwicklung und Sanierung SZ Lechenich, VgV TWP - Rückfragen“ - per E-Mail an die in Ziff. I.3 genannte Adresse erhältlich. Die Fragen sind so zu formulieren, dass eine klare Antwort möglich ist. Zur Gewährung des gleichen Informationsstandes aller potentiellen Bewerber werden die anonymisierten Anfragen/Antworten im Internet (s.o.) kontinuierlich veröffentlicht. Es werden nur Anfragen zugelassen und beantwortet, die so rechtzeitig eingehen, dass der AG 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann (VgV § 20 (3), Unterabsatz 1).

(5) Hinweis zu Ziff. II.2.5 Zuschlagskriterien: je Kriterium werden 0, 1, 3, 5 Punkte vergeben. Es können insgesamt max. 250 Punkte erreicht werden (Details s. Vergabeunterlagen, hier: Zuschlagskriterien/ Bewertungsmatrix Stufe 2). Bewertung Honorarangebote: 5 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis, 0 Punkte erhalten Angebote mit dem 1,75-fachen oder mehr als dem 1,75-fachen des niedrigsten Preises. Die Punktzahl errechnet sich im Übrigen dann wie folgt: $0 + 5 \times (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{Preis}) / (\text{niedrigster Preis} \times 1,75 - \text{niedrigster Preis})$.

(6) Der Bauherr beabsichtigt im Rahmen der Verhandlung (Zuschlagsverfahren) die Frist für die Einlieferung der Honorarangebote im Einvernehmen mit den Bietern auf 15 Tage festzulegen. Der AG behält sich vor, den Zuschlag gem. VgV §17 (11) auf Grundlage des Erstangebotes zu erteilen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln/Nachprüfungsstelle für behauptete Vergabeverstöße
Zeughausstraße 2-10

Köln

50667

Deutschland

Telefon: +49 2211472120

E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de

Fax: +49 2211472889

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
11/01/2018